

Sächsische Volkszeitung

Verlagskreis: Vierteljährlich frei Haus. Ausgabe A mit illustriertem Verlag 12.25 M. Ausgabe B 11.25 M.
einschließlich Postzettelgeld
die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nachm. — Spruchworte der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeitungsseite 1.40 M., im Heftanteil 3.50 M., Familienanzeigen 1.80 M. — Sie werdenlich geforderte, sowie durch Herausgeber aufgegebene Anzeigen können wie die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Teiles nicht übernommen.

Die Kaiserin +

Gestern um die Mittagsstunde meldete der Druck, daß im Haus Doorn die fröhliche Kaiserin und Königin von Preußen Auguste Viktoria verschieden ist. Der Tod der Kaiserin ist sanft erfolgt, nachdem sie viele Monate an das Krankenlager gesieht war. Sohn konnte die Nachricht vom Hinscheiden nicht überraschen. Leider viel zu oft wurde in einer gewissen Presse, die wir hier heute nicht näher zu kennzeichnen brauchen, die Frage der Überführung des Leichnams der Kaiserin erörtert. Ja, man ist in Preußen auf dieser Seite nicht einmal davor zurückgeschaut, diese Frage im Wahlkampf gegen die politischen Gegner auszunützen, um damit parteipolitische Geschäfte zu machen. Das war ein Vorgang, der in seiner Art einzigstaatlich war, manches belächlicht und der noch heutige, wenn man daran denkt, tief bedauert werden muß. Dass man die sterbende Kaiserin in den preußischen Landtagswahlkampf hineingezerrt hat, dass man die dem Tode Nähe in Preußen von national sein wollender Seite zu Wahlkampf mißbraucht hat, das hat gezeigt, auf welchem Niveau heute bei und leider zu einem nicht unbedeutlichen Teile der politische Kampf steht.

Das alles aber hat natürlich nicht hindern können, aufzurütteln zu bedauern, daß die ehemalige deutsche Kaiserin so viel hat auf ihrem Krankenlager erdulden müssen, daß ihr selbst der Tod ihres Lieblingssohnes Joachim durch Selbstmord nicht erwartet geblieben ist. Und ebenso wird man gerade wenn man außerhalb jeden byzantinischen Einflusses steht, der Kaiserin einen aufrichtigen Gruß wünschen. Denn mit ihr ist tatsächlich eine Frau dahingegangen, die auf hohe Warte gestellt, sicher das Beste gewollt und die jederzeit eifrig bestrebt war, Gutes zu tun. Vor allem aber wird man die Traugut mit empfinden, die ihrem schmerzreichen Lebensabend befreit waren. Sie mußte den Zusammentrieb erleben, sie mußte selbst das Vaterland verlassen, um die letzten Lebensstage an der Seite ihres Gatten verleben zu können. Dass dies schwer auf das Gemüt dieser Frau gedrückt hat, dass durch die Wucht dieser Ereignisse auch das körperliche Leiden der Kaiserin und Königin beschleunigt wurde, ist selbstredend. Die Kaiserin steht außerhalb der Erörterung der politischen Ereignisse und damit auch außerhalb der Erörterung der Frage der Staatsform. Es wäre außerordentlich beäußerlich, wenn der Versuch gemacht werden sollte, aus diesem schmerzlichen Anlaß in der jetzigen Situation erneut die Frage der Staatsform zum Gegenstand der politischen Erörterung zu machen. Tatsächlich hat ja auch die Kaiserin eine große politische Rolle exzessivherweise nicht gespielt. Sie hat sich, soweit man das heute beurteilen kann, von den Staatsgeschäften nach Möglichkeit ferngehalten und das Hauptfeld ihrer Befähigung mit Freude auf caritative Gebiete erblieb. Ganz einstuflos war die Kaiserin allerdings nicht und daher kann auch daran nicht vollständig vorüber gegangen werden.

Es ist bereits eine geschichtliche und deutscher von objektiven evangelischen Stellen ebenfalls anerkannte Tatsache, daß die Kaiserin der katholischen Kirche und dem katholischen Volksstiel in Deutschland leider nicht vorurteilsfrei gegenüberstand. Längst als das Sozialistengesetz gefallen war, bestand der katholischen Kirche gegenüber noch Jahrzehnte hindurch auch in der Reichsgesetzgebung ein Ausnahmegesetz durch das Jesuitengesetz, das erst im dritten Kriegsjahr, im Jahr 1917, bei obwohl der Reichstag wiederholt seine Aufhebung beschlossen hatte. Es scheiterten diese Versuchungen auf Aufhebung des Jesuitengesetzes aber nicht nur an der Haltung des Bundesrates in dem bekanntlich Sachsen am stärksten Widerstand leistete. Wenn das Jesuitengesetz, dieser Schandfleck am Körper des vor dem Kriege blühenden Deutschen Reichs, aufgehoben werden sollte, dann bedurfte das sowohl der Zustimmung des Reichstags und des Bundesrats als auch der Unterschrift des Kaisers, dessen Unzustimmung durch die ablehnende Haltung der preußischen Stimmen im Bundesrat zum Ausdruck kam. Ein gewisse Stelle wissen nun, daß vor allem es die jetzt verstorbene Kaiserin gewesen ist, welche sich stets kräftig gegen die Aufhebung dieses Ausnahmegesetzes aussprach und ihren ganzen Einfluß mit Erfolg für die Beibehaltung des Jesuitengesetzes einsetzte. Darüber hinaus dürfte es allerdings keine Mächtigkeit haben, daß die Kaiserin in der großen Politik keine wesentliche Rolle gespielt hat. Aber wenn auch schon vor der Revolution und vor dem Kriege manches darüber bekannt war, daß die Fürstin in dem eben geschilderten Punkte nicht vorurteilsfrei war, so hat das doch mit vollem Recht niemals der Verehrung Abbruch tun können, die auch das ganze katholische Volk für die Kaiserin begiebt, der Verehrung für die Gattin des Kaisers, die in Wohltum ihrem Lebenswerk sah, der Verehrung, die durch das furchtbare Unglück, das über sie und ihr Haus hereingebrochen, nur noch gesiezt werden konnte.

Von stolzer Höhe herabgestürzt, verließ die Kaiserin die letzten Jahre im Auslande. Wer würde nicht diesen Sturz von

der Macht zur Einzelheit aufrichtig miterleben? Wir wissen natürlich nicht, wie die Verstorbene auf Haus Doorn über die Vorgänge in Deutschland unterrichtet wurde. Wenn diese Berichterstattung sich bemüht hat, objektiv zu sein, dann wird sicher die Kaiserin trotz allem Weh und Schmerz über die Ereignisse doch empfunden haben, daß auch heute noch im deutschen Volke starke Lebensorge vorhanden sind. Und sie wird dann dieses Gefühl als leise Hoffnung in die Ewigkeit mit hinüber genommen haben. Auf deutscher Erde wird sie — ihrem Willen gemäß — ruhen und deshalb in Potsdam beigesetzt werden. Sie wird im deutschen Volke fortleben als deutsche Frau die an höchster Stelle gezeigt das Beste für Volk und Vaterland gewollt hat. In diesem Sinne wird und muß das deutsche Volk das Andenken der Kaiserin hochhalten. —

Auguste Viktoria ist am 22. Oktober 1858 auf Schloss als älteste Tochter des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg und der Prinzessin Adelheid von Sachsen-Lauenburg geboren. Die ersten acht Jahre ihrer Kindheit verlebte sie in Polzig und in Niels. Nach ihrer Konfirmation im Jahre 1875 weiltete sie zuweilen auf Reisen im südlichen Frankreich und in England. Ihre Verlobung mit dem Prinzen Wilhelm von Preußen fand am 14. Februar 1880 in Gotha statt. Die Vermählung erfolgte am 27. Februar 1881 in Berlin. Der Ehe entstehen sechs Söhne und eine Tochter. Die ehemalige Kaiserin nahm sich vor allem der kirchlichen Fürsorge an. Unter ihrem Protektorat stand der Wallonische Frauenverein; sie gründete das Kaiserin-Auguste-Viktoria-Stift und hatte weiter u. a. das Proletariat inne über das Elisabeth-Kinderhospital in Berlin. Im Herbst 1898 begleitete sie Wilhelm II. auf der Kreuzfahrt der Bismarckreihe. Die Trauerfeier für die verstorbene Kaiserin wird am Donnerstag im Haus Doorn stattfinden. Die Beisetzung soll am Sonnabend vormittag in Potsdam erfolgen.

Neue deutsche Vorschläge?

Schon die Neuerung des Reichsausßenministers Simons aus Anlaß seines Besuches bei den schweizerischen Landesbehörden in Bern, daß die deutsche Regierung wohl Gelegenheit haben werde, ihren guten Willen zu beweisen, ließ darauf schließen, daß seitens der deutschen Regierung eine neue Initiative unternommen werden soll. Zugewiesen sind aus Paris Mitteilungen nach Berlin gelangt, die erkennen lassen, daß die französische Regierung auf solche Vorschläge gewillt war. Es hat den Anschein, als wenn gewisse französische Politiker, welche den Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich in dieser Frage in voller Erkenntnis der gerade für das französische Wirtschaftsleben unheilvollen Rückwirkungen bei einer Dauer des gegenwärtigen Zustandes wünschen, der deutschen außländischen Politik das erlösende Werk auf die Lippen legen möchten. Nach den Pariser Informationen scheint für die nächsten Tage schon die Mitteilung der sojournierten Wiedergutmachungsaffären an die deutsche Reichsregierung bevorzugt zu werden. Es würde dabei noch nicht die, auf Grund des Friedensvertrages von Versailles der Entente austschieden „Fraktion“ der Gesamtstaatsumme gegenüber Deutschland in Frage kommen, sondern es würde sich zunächst lediglich um die zusammengezogene Schadensausstellungen der einzelnen Ententeänder handeln.

In der französischen Öffentlichkeit wird gegenwärtig ein Kommissionen von Trobungen gegen Deutschland gerichtet, für den Fall, daß bis 1. Mai, dem Verfallstermin des Friedensvertrages die Reparationsfrage nicht gelöst sein sollte. Die französischen Militärs fordern nur so in Vorschlägen von den militärischen Beziehungen Deutschlands, und man nachgerade für diese Beziehung eine Linie erreicht, die Deutschland von Norden nach Süden in zwei Hälften teilen würde. Die französischen Politiker suchen ihre Ziele nicht minder weit, hoffen sie jedoch mit anderen Mitteln zu erreichen. Die größte Gefahr liegt in den Bestrebungen dieser Seite, die alte französische imperialistische Annexionspolitik gegenüber dem Überland vorzubereiten, zum anderen aber durch Erlangung der Mainline den deutschen Norden vom deutschen Süden zu trennen. Man muß doch sehr bedenken, wenn man in der Sonntagsausgabe der „Vossischen Zeitung“ eine angeblich aus unterschiedlichen französischen Kreisen informierte Mitteilung des Pariser Verlegerbüros dieser Zeitung, Dr. Wilhelm Goldmann, findet, wonach die französische Regierung unbedingt entschlossen sei, wenn bis zum 1. Mai keine Verständigung mit Deutschland in der Wiedergutmachungsfrage angebahnt sei, mit Maßregeln vorzugehen, die eine Katastrophe für Deutschland bedeuten könnten. „Ich befürchte Ihnen“, erklärte mein Goldmann, „daß der Anzustand Deutschlands in seiner heutigen Gestalt ernstlich gefährdet ist, wenn Ihre Regierung von den angebotenen Ausweg keinen Gebrauch macht.“ Ausweitend auch diese schwerwiegende Anerkennung in den Kreis der Stimmungsmacher zum Zwecke der Einschüchterung Deutschlands gehört, läßt sich schwer beweisen. Aber man wird auf deutscher Seite sehr gut daran tun, mit der unbedingten Entschlossenheit Frankreichs, gegenüber Deutschland die altherkömmlichen Gewaltmittel militärischer, politischer und wirtschaftlicher Natur anzuwenden, nüchtern zu rechnen. Wie können es uns nicht leisten, diese Dinge an uns heranzutragen. Wir müssen sie nicht verlangen, daß die deutsche Reichsregierung den gegen das deutsche Volk und Land geplanten niederschmetternden „Haftschlag“ pariert. Die nächsten Tage werden sie die Entwicklung dieser Dinge von einer ganz ungeheuren Bedeutung sein. An die Staatskunst des deutschen Auswärtigen Amtes wie des Reichskabinetts werden nunmehr gewaltige Anforderungen gestellt werden müssen, denn in dem, was die deutsche Regierung demnächst an neuen Vorschlägen zu bieten gewillt ist, wird sich das Schicksal über Leben und Tod Deutschlands ausprägen.

„Vatikanische Politik“!

Der Satz von der „Vatikanischen Politik“ ist vor allem in den letzten Jahren in der katholikfeindlichen Presse zu einem Schlagwort ersten Ranges geworden. Was wird nicht in einer gewissen Presse unter diesem Schlagwort alles geschrieben, für was wird nicht alles die sogenannte „Vatikanische Politik“ verantwortlich gemacht. Leider konnte die Wahrnehmung gemacht werden, daß selbst bei manchen Katholiken die Tätigkeit gewisser Nachrichtenabteilungen, die ihre Auswirkung in einem Teil der Presse findet, nicht ganz ohne Einfluß geblieben ist. Es muß daher außerordentlich begrüßt werden, daß es dem Ortsverband der katholischen Vereine Dresdens gelungen ist, einen ganz herausragenden Diplomaten und Kenner der Verhältnisse, Herrn Ministerialdirektor Franz von Stochamieren zu gewinnen, der über diesen ganzen Komplex am kommenden Freitag Abend in Dresden eine Auflösung schaffen wird. Bemerkbar sei bemerkt, daß schon jetzt Herr Ministerialdirektor Franz von Stochamieren in lebenswürdiger Weise sich bereit erklärt hat, im Herbst auch in anderen Städten Sachsen zu sprechen. Voraussetzung dafür wird natürlich u. a. sein, daß die Katholiken Dresdens am kommenden Freitag durch zahlreichen Besuch ihr Interesse befinden. Wie wir hören, ist es von manchen beanstandet worden, daß der Ortsverband der katholischen Vereine Dresdens und der Caritasverband für Dresden an diesem Abend Eintrittsgeld erheben. Wer solche Veranstaltungen macht, kann das nur in vollständiger Verkenntnis der Tatsachen hinüberschick der Unfosten tun. Wer weiß, was heute die Veranstellung eines solchen Abends kostet — es braucht das im einzelnen nicht aufgeführt zu werden — der wird es ganz als selbstverständlich empfinden, daß zur Deckung der Unfosten ein entsprechendes Eintrittsgeld erhoben werden muß. Wir zweifeln nicht, daß letzten Endes das niemanden abhalten wird, diesen wichtigen Vortragabend zu besuchen. Auch die Frage, über die Herr Maximilianeyer Freitag aus Berlin sprechen wird, nämlich „Welche neuen Aufgaben der Caritas aus dem Friedensvertrag erwachsen“ ist von außerordentlich großer Bedeutung.

Den Katholiken Dresdens und Umgebung steht daher am Freitag den 15. April, abends halb 8 Uhr, im großen Saale der Dresdner Kaufmannschaft, Ostra-Allee, ein Vortragabend bevor, von dem heute schon gesagt werden kann, daß ihn niemand, ohne nachhaltige Eindruck empfangen zu haben, verlassen wird. Die leute Generalversammlung des Ortsverbandes der katholischen Vereine Dresdens hat ausdrücklich beschlossen, daß der Vorstand des Ortsverbandes solche gemeinsame Vortragabende in die Wege leiten möge. Es wird sich nun am Freitag abend zeigen müssen, ob es auch in Zukunft möglich sein wird, hervorragende Redner für solche gemeinsame Veranstaltungen zu gewinnen. Wie richten daher auch noch einmal an dieser Stelle an die Katholiken Dresdens der Appell, sich durch nichts abhalten zu lassen, und in größter Zahl an dem wichtigen Vortragabend teilzunehmen. Es ist unbedingt notwendig, daß Auflösung geschaffen wird über die Stellung des heiligen Stuhls nach dem Weltkrieg. Es wäre durchaus wünschenswert, wenn die Katholiken Dresdens auch in den Kreisen Andersgläubiger noch in den letzten Tagen Propaganda zum Vortrag machen würden. Denn wir halten es für dringend notwendig, daß auch in den Kreisen von Nichtkatholiken Moralt geschaffen wird gegenüber den vielfachen Angriffen auf die sogenannte „Vatikanische Politik“. Aus berufenstem Mund darüber Auflösung zu erhalten, dazu ist eben am Freitag den 15. April in Dresden hinreichend Gelegenheit gegeben.

Zwei entgegengesetzte Entscheidungen

Von Heinrich Schneider in Leipzig

Die gesetzliche Verordnung, daß vom 20. Dezember 1920 an nur noch Briefmarken zum doppelten Wert von der Postverwaltung verabfolgt werden, auch wenn die Marken für einen vor diesem Tage liegenden Zeitraum (bis 1. August 1920) geliefert werden müssen, hat nicht nur bekräftigt, Unwissen, sondern auch erhebliche Geldverluste, namentlich für die Arbeitgeber, im Gefolge gehabt. Besonders die Handwerksmeister und die Handarbeiter haben diese unvermeidbare Mehrbelastung, die in den wenigsten Fällen anteilig wieder von den Arbeitnehmern einzutragen werden konnte, als ein bitteres Unrecht empfunden. Alle Postauktionen aber nutzten nichts, es wurde sogar seitens des Reichsarbeitersministeriums erklärt, daß diese Doppelbelastung als eine soziale Steuer aufzufassen sei, durch die den Rentenbezüchern schwer geholfen werden sollte. Das Versteigerungsamt zu Hamburg hat die Pflicht zur Zahlung des doppelten Betrages der Marken für die Zeit vor dem 20. Dezember 1920 verneint. In der Vergündung wird ausgeführt, daß die ministerielle Anweisung auf Sperrung des Markenverkaufs vor der amtlichen Veröffentlichung des Gesetzes keine rechtliche Bindung habe. Den

Beitragsmarken in der durch das Gesetz vom 20. Mai 1920 festgesetzten Höhe sei Geltung bis zum 20. Dezember 1920 zu gewähren. Von ganz besonderem Interesse sind auch die Schlußausführungen dieser Entscheidung: Der Arbeitgeber, der bei der Lohnzahlung am Sonnabend den 18. Dezember 1920 dem Verhältnisbeitrag des billigeren Wertes abgezogen hat und am Montag den 20. Dezember 1920 diese Marken bei der Post erwerben will, ist genötigt, den doppelten Betrag dafür zu erlegen, weil der Verkauf gesperrt ist. Dem Arbeitgeber, der wie der Beschwerdeführer — Arbeiter und Angestellte in erheblicher Zahl beschäftigt, wird es selbst bei geordneter Geschäftsführung nicht möglich sein, am Tage des Lohnabzuges sofort die Beitragsmarken anzukaufen und zu verwenden. Es wird nichts dagegen einzumenden sein, wenn er das Einleben bald nach der Lohnzahlung ausführen läßt. Vorliegend ist die Verwendung von zuständigen Beitragsmarken aber durch die Spezialregel bereitstellt worden; sie verlegt den Zeitpunkt der Wirtschaftlichkeit noch unter die Herrschaft des Gesetzes vom 20. Mai 1920. Daß dies der Wille des Gesetzes gewesen sein soll, ist weder zum Ausdruck gekommen noch aus dem Inhalt des Gesetzes zu folgen. Wenn eine derartige Maßnahme zur Sicherung der Durchführung des Gesetzes erforderlich war, so könnte sie frühestens im Zeitpunkte der amtlichen Bekanntmachung des Gesetzes getroffen werden. Nach alledem kann der Beschwerdeführer nicht verpflichtet werden, die höheren Beiträge schon vor dem 20. Dezember 1920 zu entrichten.

Gang im entgegengesetzten Sinne entschied das Versicherungsamt zu München. In der Gründung des ablehnenden Entschieden wird u. a. gefolgt, daß nach § 9 des Gesetzes vom 20. Dezember 1920 die Berechnung der Beiträge zum doppelten Geldwerte ab 20. Dezember 1920 in Kraft tritt. Damit sei von diesem Tage ab jede Möglichkeit ausgeschlossen, für die Zeit nach dem 20. Dezember 1920 noch Marken zum einfachen Geldwerte zu erhalten. Dieses habe auch durchaus in der Absicht des Gesetzes gelegen. Die Angabe wäre aber aus formellen Gründen gar nicht möglich gewesen. Das Gesetz habe bewußt von Ausnahmestimmungen hinsichtlich der Verwendung von nach diesem Tage geläufigen Marken für die Zeit vor dem 20. Dezember Abstand genommen. An sich wäre eine solche Ausnahmestimmung nur für die Fälle nötig gewesen, in denen ein Arbeitgeber ohne Verhältnis am 20. Dezember 1920 mit der Beitragsleistung im Rückstand war, das ist, da die Beiträge gemäß § 128 RVO jeweils bei der Lohnzahlung zu entrichten sind, nur für die Fälle, in welchen eben, wie zum Beispiel bei Monatszählungen, in die Woche vor dem 20. Dezember 1920 eine Lohnzahlung nicht fiel. In allen Fällen war die Verpflichtung des Arbeitgebers zur Beitragsentrichtung schon vorher gegeben; es liegt also ein Verständnis des Arbeitgebers vor; er hat es sich daher selbst aufzugeben, wenn er durch eine zwischen dem Tage, an welchem er zur Beitragsentrichtung verpflichtet war, und demjenigen Tage, an welchem er dieser Verpflichtung erst nachkommt, infolge gesetzlicher Maßnahmen eingerückte Beitragsverhöhung Wehrmaßnahmen zu machen hat. Nur in den vorgenannten Ausnahmefällen kann daher das Versicherungsamt eine Härte des Gesetzes vom 20. Dezember 1920 anerkennen. Es bedauert es im Interesse des Vertrags der Pöbelversicherung, in die Gerechtigkeit des Gesetzes, im Interesse der Autorität des Staates und des von ihm vor allem aufrecht zu erhaltenden Grundzuges von Treu und Glauben im öffentlichen Verkehr, daß durch das Gesetz vom 20. Dezember 1920 hier Ausnahmen nicht retroaktiv sind. Es ist aber nicht in der Lage, diesem Unterlassen durch Vereinigung des Gesetzes mit dem Rechtsprechung zu begegnen. Das Versicherungsamt zu München kann daher zu dem Ergebnis, daß die Beschwerdeführerin sich nach allem zu Unrecht gegen die ihr auferlegte Verurteilung erkundigt habe, für die Zeit vor dem 20. Dezember 1920 nach benötigten Beitragsmarken zum doppelten Wertes zu kaufen. — Es wird nun abzuwarten sein, wie die höheren Instanzen (Oberbeschwerungsamt und Reichsbeschwerdeamt) über diese Angelegenheit urteilen. Hoffentlich stellen sich diese Instanzen auf den Standpunkt des Hamburger Beschwerdeamtes.

Die Kreisauschußwahlen in Mecklenburg-Hausen in nationalistischer Belichtung

Hierzu wird und geschrieben:

Die Nachrichten berichtet in den letzten Tagen einen Artikel mit der sensationellen Ueberschrift: „Deutschland über alles — nur nicht beim Zentrum“, in einem anderen Falle auch „Von Teufel“ und ähnlich überschrieben. In dem Artikel wird behauptet, daß Zentrum habe bei den Kreisauschußwahlen zu Mecklenburg-Hausen die Wahl eines Kommunisten verhindert und ermöglicht. An diese Feststellung sind dann Krautwurst niedriger Art angefügt, die eine selbst in höchsten Mühelosen in diesen Organen kaum erlebte Peleidigung des Zentrums darstellen. Folgendes zur Auseinandersetzung des Sachverhalts: Der Mecklenburgischen Kreistag zählt 41 Mitglieder, darunter

sechs Kommunisten. Würden die 35 nichtkommunistischen Abgeordneten bei den Kreisauschußwahlen eine gemeinschaftliche Liste aufgestellt haben, so würde trotzdem ein Kreisausschußmandat den Kommunisten zugeschlagen sein. Diese Wahlen werden bekanntlich auf Grund der Verhältniswahl getätigt, so daß eine Partei mit 6 Stimmen bei ebenfalls 6 Kreisauschußmandaten stets einen Sitz für den Kreisausschuß erhalten wird. Es ist also keine Übertreibung, wenn man behauptet, daß die an die Wahl des Kommunisten geäußerten Erwartungen über das Zentrum eine selten gehörte Unterstellung und Beleidigung darstellen.

Die Rechtskreise, so die „Mecklenburgische Allgemeine Zeitung“, die „Tägliche Rundschau“, die „Dortmunder Zeitung“ und andere ergiebt einen weiteren Anhalt von Kreisauschußwahlen in Gemeinschaft mit den Sozialen tätigten, wodurch den Sozialen ein Mandat zufiel. Es sei hier zunächst nicht weiter dargelegt, daß die Sozialen ihr Mandat auch mit Hilfe der Sozialdemokraten bekommen hätten. Das Ziel der Deutschen Volkspartei, dieses Mandat mit Hilfe des Zentrums zu befreien, war angeblich dieser Schlag überhaupt nicht zu erreichen. Wesentlicher ist hier die Feststellung, daß der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Ortsgruppe Mecklenburg-Hausen, sowie ein hervorragendes Kreistagsmitglied der Volkspartei die Gründung des Zentrums für sein Zusammengehen mit den Sozialen anerkannte. Daß der Artikel in weniger grundsätzlicher Natur ist als vielmehr die Stimmungsmache dienen soll, beweist die Tatsache, daß im selben Zeitraum im Landkreis Dortmund die Deutsche Volkspartei im Verein mit dem Zentrum und den Demokraten eine gemeinschaftliche Liste mit den Sozialen gegen die Linke bei den Kreisauschußwahlen aufstellte. Wie sind der Aufschlüssel, daß falls ein Zusammengehen der Volkspartei mit den Sozialen in Mecklenburg-Hausen für die erste ein Mandat einbeachtet hätte, das Dortmunder Schulbeispiel getreue Nachahmung gefunden haben würde. Am Uebrigen sei aber auch die Frage gestattet, ob die Deutsche Volkspartei das Hinüberstoßen der Sozialen an die Seite der Sozialdemokraten als ausschließlich holstätter Prinzipientreiter als nationale Tat ansieht? Die Schmachartikel der Rechtskreise sind niedriger zu hingende Wahlmächen, die keineswegs dem so notwendigen politischen Frieden in Deutschland dienen.

Englisch-französische Differenzen

London, 11. April. Der diplomatische Mitarbeiter des „Observer“ will erläutern haben, daß eine neue englisch-französische Krise in der Reparationsfrage bevorstehen soll. Die Franzosen hätten erklärt, daß sie nach dem 1. Mai 1921 zu neuen Sanktionen übergehen würden. Mit einem solchen Schritte werde sich Frankreich noch weiter von seinem Verbündeten entfernen. Im britischen Amt der Kreisfrage man sich erstaunt, worauf denn die französische Politik finanzielle Anstrengungen einweiset, um welche Stil des deutschen Gebietes wird belegt. Angenommen, die Franzosen marschierten nach Irak u. Basra, was sei damit gemeint? Auf diese Frage will Frankreich die Antwort schuldig. Man könne sich vor schweren Bedrohungen verhüten, doch Frankreich diese Krise niemals in Erwägung zu ziehen habe und seine Antwort darauf aufweisen. Es sei wichtig, daß das französische Politik klar gewacht w. rde. Die britische Regierung könne nicht verstehen, daß die Franzosen hofften, die Bezahlung der deutschen Entschädigung in 20 oder 30 Jahren durch den Vormarsch nach Berlin zu sichern. Denn man dürfe nicht vergessen, daß über die Bezahlung der ersten fünf in Paris festgelegten Zahlungsblätter zwischen Deutschland und den Alliierten eine Meinungsverschiedenheit nicht besteht. Die Deutschen hätten die 5 Jahreszahlungen angenommen u. und die Bedingung die damals dazu gestellt wurde, nämlich das Oberste Gericht ohne Abstimmung an Deutschland falle, sei durch die Abhaltung der Abstimmung bestätigt. Eine solche Bedingung ist belanglos niemals restellt worden. Die Red!

Etwas die Reparationen in Betracht tamen, sei die Frage unabdingbar von der überörtlichen Frage geregelt. Ein anderer wichtiger Punkt, den die französische Regierung unbedingt verstecken möchte, inbetreff der neuen Reparation ist, daß eine Konferenz jetzt unvermeidlich sei. Frankreich wolle Geld, England aber wolle Handel. Die englischen Interessen seien älter als die französischen, solange britische Märkte in Europa den Engländern verschlossen seien. Infolge des Verlustes der Franzosen auf den militärischen Maßnahmen und der daraus folgenden Verkürzung der wirtschaftlichen Beziehungen könne England niemals eine Wiederherstellung beginnen. Nur Offenheit könne die Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich in der Reparationsfrage überbrücken.

Frankreich sanktioniert weiter

Paris, 11. April. Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, findet heute eine Debatte zwischen den Ministern Doumer und Boussu sowie dem Vorsitzenden des Reparationsausschusses Dubois statt.

um das Datum festzulegen, an dem Deutschland der Gesamtbetrag seiner Schuld mitgeteilt werden soll, was die Pensionen und Schäden abdeckt. Auch werde die Kommission den Zeitraum mitteilen, den Deutschland am 1. Mai 1921 von dem Betrag von 20 Milliarden Goldmark zu entrichten habe. Der „Petit Parisien“ teilt ferner mit, die Sachverständigen der verschiedenen Parteien würden, welche einzelnen wirtschaftlichen Sanktionen in den neuobebauten Gebiete nach dem 1. Mai d. J. in Kraft treten könnten. Man denkt an die Erhebung einer Steuer auf Kohleprodukt im Ruhrgebiet. Ob nun eine Steuer dieser Art auch nicht fähig sei, die Annahmen zu erfüllen, die Deutschland schulde, so könnte sie doch bei einer Produktion von 90 Millionen Tonnen beachtenswerte Ergebnisse zeitigen.

Die endgültige Schuldenfeststellung

(Eigener Drucksbericht der „Sächs. Volkszeitung“) Paris, 12. April. Die Wiedergutmachungskommission wird heute die Endsumme der deutschen Schulden festlegen. Der mündliche Meinungsaustausch mit den deutschen Delegierten findet über sämtliche Forderungen der Verbündeten statt und wird heute ebenfalls sein Ende nehmen.

England und Rußland

London, 11. April. Dem Daily Telegraph zufolge hat die Unterzeichnung des Handelsabkommen zwischen England und Rußland bisher nicht zu einer Belebung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern geführt. Großbritannien legt großes Widerstreben an den Tag, die eingeleiteten Verhandlungen auch mit Bezug auf Konzessionen zum Abzug zu bringen. Diese Politik der Verhinderung wird bei allen bolschewistischen Handelsabkommen im Auslande angewandt. Großbritannien führt eine dauernde Propaganda zugunsten von Krediten an Russland. Es weiß sehr wohl, daß mit Gold allein der russische Kontakt verhindert werden kann, besonders da das bolschewistische Gold zu Propagandazwecken gebraucht wird. Großbritannien hat große Hoffnung, daß die englische Regierung gewungen sein werde eine Ausdehnung des Exportkreditplanes mit Russland anzunehmen.

Austritt Amerikas aus der Internationale

Paris, 11. April. Nach einer Herausmeldung aus Washington hat der Vorsitzende der amerikanischen Gewerkschaften Compton den Sekretär der gewerkschaftlichen Internationale Queckeit mitgeteilt, daß es unmöglich und möglich geworden ist, daß die amerikanischen Gewerkschaften noch an der Internationale teilnehmen. Das Ziel der amerikanischen Gewerkschaften sei immer gewesen und könnte sein, eine Weltunion der Laien der Arbeit zu erreichen, während der politische Charakter der gewerkschaftlichen Internationale auf die Sozialisierung der Industrie und auf den Sturm der amerikanischen Gewerkschaften abzielt. Das widerspricht den Interessen der amerikanischen Gewerkschaften.

Eine gute Wendung im Streit in England

London, 11. April. Das Reuter-Bureau teilt mit: Die Erfache, daß die Bergarbeiter jetzt eingewilligt haben, mit den Bergwerksbesitzern zusammenzukommen, wird als positives Zeichen dafür angesehen, daß der Streit sicher beigelegt werden wird. Es kann vielleicht noch zeitweise Rückschläge geben, der endgültige Ausgang wird jedoch in zuhändigen Kreisen als außer Frage gestellt. Das am Sonnabend gestandene Kompromiß wird im ganzen Lande mit großem Begeisterung begrüßt.

Die Erklärung dafür liegt in verschiedenen Ursachen. Die Regierung, die Pumpen in den Bergwerken zu bedienen, hat die Bergarbeiter die Sympathien des Publikums entzweit. Einzelne und Transportarbeiter erkannten, daß nur die Hälfte der Bergarbeiter dem Streikfeuer folgen würde, und daß der Streik insofern unvermeidlich fehlgeschlagen müsse. Es sind auch ähnliche Angelegenheiten dafür vorhanden, daß die Vorbereitungen der Regierung, insbesondere die Zusammenziehung von Truppen und Schiffen, sowie die außerordentlich günstige Annahme des Appells an die Freiwilligen beim Publikum die Streiks sehr stark beeinflusst und den Ausschlag geben gegen Beibehaltung einer unauslösbaren Siedlung. Da die Regierung freilich ist man überzeugt, daß der Generalstreik, wenn er eingetreten wäre, nicht länger als 48 Stunden gedauert hätte, und daß niemand der Bevölkerungswahl entschieden gewesen wäre, die Wirkung einer eventuellen Wiederaufnahme der Arbeit zu geringeren Löhnern wie, um erwartet, ein sofortiges Sinken der Kosten für den Lebensunterhalt und mit sich bringt, mit einer verhältnismäßigen Besserung des Wertes der Währung. Man glaubt, daß eine solche Verzögerung der Wiederaufnahme in der Handelsdepression kein wird. Während des ganzen Streits ist kein Verlust an Menschenleben eingetreten. Die Kommunisten, die ihre Freiheit einzuhören hofften, müssen die Bedeutungslosigkeit ihres Einflusses in der britischen Arbeiterschaft feststellen, deren gesunder Menschenverstand sich am Sonnabend wieder einmal gezeigt hat. Die Bedeutung, daß die Regierung eine große Geldunterstützung vorbereite, um über schwierigkeiten in unproduktiven Distrikten hinzuzaubern, hat die Regierung wesentlich erleichtert.

Sächsische Volkszeitung — Nr. 88 — 12. April 1921

Der Schimmelreiter

Von Theodor Storm

(21. Fortsetzung.)

Von einem kleinen Teil der versammelten Männer ging ein Schallmurmel aus, und der alte Jeme Manners, der dazwischen stand, rief laut: „Bravo, Haufe! Haufe! Unser Herrgott wird dir dein Werk gelingen lassen!“

Aber man kam doch nicht zu Ende, obgleich Ole Peters schwieg, und die Leute erst zum Abendbrote auseinandergingen; erst in einer zweiten Versammlung wurde alles geordnet; aber auch nur, nachdem Haufe statt der ihm zukommenden drei Gramme für den nächsten Monat deren vier auf sich genommen hatte.

Endlich, als schon die Bisingstgloden durch das Land läuteten, hatte die Arbeit begonnen: unablässig fuhren die Sturzkarren von dem Vorlande an die Deichlinie, um den geholten Klei dort abzustürzen, und gleicherweise war diefele Angzahl schon wieder auf der Rückfahrt, um auf dem Vorlande neuen aufzuladen; an der Deichlinie selber standen Männer mit Schaufeln und Spaten, um das Abgeworfene an seinen Platz zu bringen und zu ebnen; ungeheure Fuder Stroh wurden angeladen und abgeladen; nicht nur zur Deckung des leichteren Materials, wie Sand und los Ede, dessen man an den Wissenschaften sich bediente, wurde das Stroh benutzt; allmählich wurden einzelne Streden des Deiches fertig, und die Brüder waren scharf, wo lieberliche Hände den Spaten geführt hatten. Wenn er aber zu den Leuten ritt und ihnen auseinandersetzte, wie die Arbeit müsse beschafft werden, sahen sie wohl zu ihm auf und lauschten gebildigt an ihrem Brode weiter; aber eine Zustimmung oder auch nur eine Neuerung hörte er nicht von ihnen. Einmal zu solcher Tageszeit, es war schon spät, da er an einer Deichstelle die Arbeit in besonderer Ordnung gefunden hatte, ritt er zu dem nächsten Haufen der Frühstückenden, sprang von seinem Schimmel und fragte heiter, wer dort so jauheres Lagerwerk verrichtet hätte; aber sie sahen ihn nur schen und düster an, und nur langsam und wie widerwillig wurden ein paar Namen genannt. Der Mensch, dem er sein Pferd gegeben hatte, das ruhig wie ein Lamme stand, hielt es mit beiden Händen und blieb wie angstvoll nach den schönen Augen des Tieres, die es gewöhnlich, auf seinen Herren gerichtet hielt.

„Nun, Merten!“ rief Haufe, „was steht du, als ob dir der Donner in die Beine gefahren sei?“

„Herr, Euer Pferd, es ist so ruhig, als ob es Wölfen vor habe!“

Haufe lachte und nahm das Pferd selbst am Zügel, das gleich lieblos den Kopf an seiner Schulter rieb. Von den Arbeitern sahen einige schen zu Haufe und Weiter hinüber, andere, als ob das alles sie nicht kümmere, ahen schwungend ihre Frühstück, dann und wann den Mund einen Broden hinauswarfend, die sich den Butterplatz gemerkt hatten und mit ihren schlanken Fingern sich fast auf ihre Nase senkten. Der Deichgraf blieb eine Weile wie Gedankenlos auf die brettlenden Wögel und wie sie die zugeworfenen Bissen mit ihren Schnäbeln hafsten; dann sprang er in den Sattel und ritt, ohne sich nach den Leuten umzusehen, davon; einige Worte, die jetzt unter ihnen laut wurden, klängen ihm fast wie Wohm. „Was ist das?“ sprach er bei sich selber. „Datte denn Ede recht, daß sie alle gegen mich sind? Auch diese Knechte und kleinen Leute, von denen vielen durch meinen neuen Deich doch eine Wohlhabenheit ins Haus wächst?“

Er gab seinem Pferde die Sporen, daß es wie tot in den Broog hinaufklopfte. Von dem unheimlichen Glanze freilich, mit dem sein früherer Dienstjunge den Schimmelreiter herabsehend batte, wußte er selber nichts; aber die Leute hielten ihn jetzt nur sehen sollen, wie aus seinem hässlichen Gesicht die Augen harrten, wie sein Mantel flog, und wie der Schimmel sprang!

— So war der Sommer und der Herbst vergangen; noch bis gegen Ende November war gearbeitet worden; dann gehörten Brodt und Schiene dem Werke Haufe; man war nicht fort geworden und beschloß, den Broog offen liegen zu lassen. Nicht Zug riegte der Deich aus der Fläche hervor; nur wo westwärts

gegen das Wasser hin die Schleuse gelegt werden sollte, hatte man eine Lücke gelassen; auch oben vor dem alten Deiche vor dem Broich noch unberührt. So konnte die Flut, wie in den letzten 80 Jahren, in den Broog hineindringen, ohne dort oder an dem neuen Deiche großen Schaden anzurichten. Und so überließ man dem großen Gott das Werk der Menschenköte und stellte es in seinen Schutz, bis die Frühlingssonne die Vollendung würde möglich machen.

— Ingwitschen hatte im Hause des Deichgrafen sich ein frohes Ereignis vorbereitet; im neunten Ingwitschen war noch ein Kind geboren worden. Es war rot und hübsch und wog seine sieben Pfund, wie es für neugeborene Kinder sich gehört, wenn sie, wie dies dem weiblichen Geschlechte angehören; nur kein Geschlecht war wunderlich verhüllt und hatte der Wehmutter nicht gefallen wollen. Das Schlimmste war, am dritten Tag lag Ede im hellen Kindbettfeier, redete Haufe und lachte weder ihrem Mann noch ihrer Helferin. Die unendige Freude, die Haufe beim Anblick seines Kindes ergriffen hatte, war zu Träufsel geworden; der Arzt aus der Stadt war gekommen, er sah am Bett und fühlte den Puls und verschrieb und gab zärtlich um sich her. Haufe schüttelte den Kopf; „Der hilft nicht, nur Gott kann helfen!“ Er holt sich sein eigen Christlein zurück gerechnet; aber es war etwas, das sein Gebet zurückhielt. Als der alte Doktor davon gefahren war, stand er am Fenster, in den winterlichen Tag hinausstarrend, und während die Kranke aus ihren Phantasien aufstand, schrie er die Hände zusammen; er wußte selber nicht, war es aus Andacht oder was es nur, um in der ungeheuren Angst sich selbst nicht zu verlieren. „Wasser! Das Wasser!“ wimmerte die Kranke. „Halt mich!“ schrie sie, „halt mich, Haufe!“ Dann sank die Kranke, als ob sie weine: „In See, ins Broog hinaus! O lieber Gott, ich seh ihn nimmer wieder!“

Da wandte er sich und schob die Wärterin von ihrem Bett; er fiel auf seine Knie, umschloß sein Weib und rief sie an sich: „Ede! Ede, so kenn mich doch, ich bin ja bei dir!“

Aber sie öffnete nur ihre liebend glühenden Augen weit und sah wie zeitunfähig verloren um sich. Er lehnte sie zurück auf ihre Kissen, dann kämpfte er die Hände ineinander: „Herr, mein Gott,“ schrie er, „nimmt sie mir nicht! Du weißt, ich kann sie nicht entbehren!“ Dann war er als ob er sich befände, und leiser seite er hinaus: „Ich weiß es mehr, du kennst nicht allezeit, wie du willst, auch du nicht; du bist allweise; du mußt nach deiner Weisheit tun — o, Herr Jesu Christ nur durch einen Hauch zu mir!“ (Fortsetzung folgt)

Eigener Drucksbericht der „Sächs. Volkszeitung“ Paris, 12. April. Die Wiedergutmachungskommission wird heute die Endsumme der deutschen Schulden festlegen. Der mündliche Meinungsaustausch mit den deutschen Delegierten findet über sämtliche Forderungen der Verbündeten statt und wird heute ebenfalls sein Ende nehmen.

Eigener Drucksbericht der „Sächs. Volkszeitung“ Berlin, 12. April. Die Wiedergutmachungskommission wird heute die Endsumme der deutschen Schulden festlegen. Der mündliche Meinungsaustausch mit den deutschen Delegierten findet über sämtliche Forderungen der Verbündeten statt und wird heute ebenfalls sein Ende nehmen.

Eigener Drucksbericht der „Sächs. Volkszeitung“ Berlin, 12. April. Die Wiedergutmachungskommission wird heute die Endsumme der deutschen Schulden festlegen. Der mündliche Meinungsaustausch mit den deutschen Delegierten

Zum Tode der Kaiserin

Eigener Druckbericht der „Sächs. Volkszeitung“¹⁾
Hannover, 12. April. Sämtliche hannörsche Blätter sprechen unter ordneter Rücksicht von der verstorbene ehemaligen Kaiserin und finden zugleich Worte des Beileids für den früheren Kaiser. Die Beerdigung in Potsdam ist seit August vorläufig abgesetzt und die Ehrenreihen sind der Erfahrung bekannt gewesen. Ihr Wunsch war, daß alles so einorchesteret werde, daß politische Demonstrationen nach Möglichkeit vermieden werden.

Die Beleidigung

Eigener Druckbericht der „Sächs. Volkszeitung“²⁾

Berlin, 12. April. Die Beileidrede der verstorbene Kaiserin Auguste Victoria findet am Sonnabend vormittag im alten Tempel unter dem neuen Palais statt. Die Reiche der Verstorbenen wird am Donnerstag abends von Hans Pönni nach Berlin überführt. Prinz Oskar hat sich gestern nach Holzhausen begeben, um persönlich die Ueberführung zu leiten. Der Kardinal Dr. Schulte von Mölln verfaßt folgende Aufrichtung: Nachdem die ehemalige Kaiserin und Königin Auguste Victoria nach schwerem Leben aus dieser Zeitlichkeit abgetreten ist, seien wir dem Organ der Barrocius-Gesellschaft in plausibler Veröffentlichung die hohe Stellung und Mifomkeit der Beliebtesten dieses Troueres fülltes in geeigneter Weise Gewährung zu tun.

Die Nachricht vom Tode der Kaiserin hat in Potsdam nicht überrascht. Man war in den Kreisen, die den Mikat liebten des Kaiserschlosses zufrieden verständigt worden, daß in leichter Zeit eine unerträgliche Wendung in der Gesundheit eingetreten war, und daß vor allem von der toten Frau jede Nahnsaufnahme verweigert wurde. Sie in Potsdam weilen Prinzen Eitel Friedrich, Oskar und Kunz Wilhelm erhielten heute in der 11. Vormittagsschau die Trauerkunde, die sich dann durch die ganze Stadt verbreite und allgemeine Teilnahme hervorrief. Die Beileidung soll, dem Moniche der Kaiserin entsprechend, in allen Städten in den in der Nähe des Neuen Palais gelegenen antiken Tempeln stattfinden. Die Trauerfeier in Coorn findet am Donnerstag statt. Es schaft sich dann unmittelbar die Ueberführung nach Wildpark an. Dort trifft voranschließlich der Traueraufmarsch in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend ein. Der Sarg wird zunächst im Empfangsraume der früheren Abteilung des Palastes Wildpark aufgebahrt werden, von wo am Sonnabend vormittag die Ueberführung nach dem alten Tempel stattfindet. Auf dem Wege dorthin nebenan die Potsdamer Vereine Später zu bilden. Am alten Tempel wird der Oberhofprediger Dr. v. Dreyander die Einführung vornehmen. Es ist dann ein Zusammenschluß der hanauerbündenden Vereine unter gleichzeitiger Neuanordnung in Aussicht genommen. Die Mitglieder des Ad. in Hanau, soviel sie in Deutschland wohnen, werden sehr feierlich in Potsdam erwartet. — Oberhofprediger von Dreyander hingegen steht sofort nach Schloß Doorn, um dem Kaiser in diesen schweren Tagen zur Seite zu stehen.

Deutsche Blätter erstimmen

Berlin, 11. April. Zum Hüntheden der deutschen Kaiserin schreibt der Lokalanz.: Ein ihrer Väter dürfen wir es rühmend sagen: ihr Leben war ein reicher, vornehmer, das tiefe Urtheil überall gezeigt hat, wo edle Menschlichkeit den alten ruhenden Raum gegen die Leiden der Erdenwelt kämpft.

Die Deutsche Allg. Ztg. sagt: Die Runde vom Helm-gange der letzten Kaiserin wird in unzähligen deutschen Herzen ein Gefühl der Scham und Ergriffenheit aufstellen, ein Gefühl der Traur, von etwas zu scheiden, was uns Jahrzehntlang nachgedenkend hat. Welt über das Geschicke hinweg, das Gedächtnis der Kaiserin lebhaft bleibt. Ihre Heldenprüfung war der Führer und strahlendste Edelstein in dem Diamant, das einst ihr Haus schmückte.

Wie das A.T. hervorhebt, wird die Nachricht von dem Hindernisse der ehemaligen deutschen Kaiserin auch in den demokratisch gebliebenen südlichen Teilen der Republik erfreut. Sie hat immer den Wunsch gehabt, nach Möglichkeit die Not zu lindern, die Kronen zu ersparen und für die Bürger und Waisen zu sorgen. Die Fürstengesetzgebung war ihr keine äußerliche Pflicht, sofern sie sich mit christlicher Hilfsbereitschaft hin. Von mir der Verstorbenen nachsagen dürfen, daß sie in ihrer Art und Weise in dem ihr durch Erziehung und Weltoffenheit gesetzten Rahmen stets bemüht gewesen ist, ihrem Gatten treu zu dienen und ehrlich zu tun.

Die Doss. A.T. schreibt: Wie man auch zur Monarchie und zum Herrscherstaat sichern mag, dem Unglück dieser Kaiserin wird niemand sein Mitgefühl verschenken.

Die Germania schreibt: Auch im katholischen Volksstaat war das Ansehen der Kaiserin groß. Ihre gesamte Persönlichkeit erfuhrte ihr allgemeine Achtung und auch die Männer der Dynastie Hohenzollern werden ihr angehängt des tragischen Geschehens, das sie verloren hat, die rein menschliche Teilnahme nicht versagen können.

Hardings politische Richtpunkte

London, 11. April. Die Times melden aus Washington, die Reie der Vereinigten Staaten an die Alliierten in der Haupfrage könne als Schlüssel der gesamten auswärtigen Politik der Regierung Hardings angesehen werden.

Die Kriegerverhinderungsfrage

London, 11. April. Im Unterhause erklärte der Generalstaatsanwalt, daß die Haupthaussage der wenigen Personen, die nicht in der Lage sind, sich zum Verfahren gegen die deutschen Kriegsverbrechen noch einzutragen, in London am 21. April beginnen werden. Der Oberstaatsanwalt in Leipzig habe diesem Verfahren zugestimmt und ihm mitgeteilt, daß die Hauptverhandlung Ende Mai in Leipzig beginnen werden.

Sunjatins Präsident der chinesischen Republik

London, 11. April. Die Blätter melden aus Schanghai, daß die Wohlhabende (Kanton) Regierung Sunjatins zum Präsidenten der chinesischen Republik ernannt habe.

Die Kommunisten in Spanien

Barcelona, 11. April. Das Blatt aus Barcelona neue Attentate. Der Direktor einer Gießerei wurde von einer Gruppe Kommunisten getötet. Ein Weißmeister in einer Glasfabrik wurde von Syndikalisten tödlich verletzt und eine Gruppe von Kommunisten gab mehrere Schüsse gegen die Arbeiter einer Blechfabrik ab. Ein Sicherheitsbeamter entdeckte unter einem Fabrikator eine feste gesetzliche Höllemaschine.

Nachwehen der Mitteldeutschen Unruhen

Ashesleben, 11. April. Die Rätepublik Ashesleben beschäftigte am Sonnabend in einer bis Mitternacht dauernden Verhandlung das hier togende außerordentliche Sondergericht beim Landgericht Soltau. Am Dienstag nach Ostern sollte die Rätepublik ausgerufen werden. Gedanken und Bitten sprengt, Waffen festgenommen, die Spiken der Gedanken an die Wand gestellt und der Bürgerkrieg angesagt werden. Der Führer der Kampforganisation, der Kommunist Otto Wegener ist rechtzeitig entflohen, bevor am Ostermontag abend in der Wohnung des Schlossmeisters Kempel das Verhörengericht aufzuhören werden konnte. Da anscheinend der Aktionsausschuss sich nicht für die Pläne Werner erwähnen konnte, suchte dieser Verbindung mit Berlin. Es wurde ihm ein Sprengkommando offenbar von Hölz geschickt. Die Berliner sollten die Sprengungen ausführen und die Rätelebener den Kampf durchführen. Von den fünf verhafteten Berlinern legte der eine der 22 Jahre alte Betonarbeiter Schulz ein öffenes Geständnis ab, indem er auch zugab, die Sprengungen der Werke in Charlottenburg, des Landgerichts in Dresden usw. im Auftrage von Hölz ausgeführt zu haben. Das Gericht verurteilte die Berliner Schulz, Bonhag, Salowski und Jacobs zu je fünf Jahren Buchenwald und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust.

Abschaffung der gefangenen Kommunisten

Berlin, 12. April. Wie die Blätter aus Halle melden, ist das Gefangenentaler in den Haunoveren aufgelöst worden, um die Wiederaufnahme der Arbeit im Werke zu ermöglichen. Mittels eines Extrazuges wurden 1000 Gefangene nach Wittenberg abtransportiert.

Eine Entschließung der Deutschhannoverschen Partei

Hannover, 11. April. Der Ausschuß der Deutschhannoverschen Partei hat einstimmig folgende Entschließung angenommen: Die Deutschhannoversche Partei wird die Abstimmung nach Artikel 18 und 107 der Reichsverfassung zum ersten möglichen Termin unter selbstverständlicher Verstärkung der außenpolitischen Lage des deutschen Vaterlandes erstreben. Auch bei dieser Gelegenheit erlässt die Partei, daß die unverhältnismäßige Liebe und Treue zum deutschen Vaterland wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft die oberste Würdigung ihres Handelns sein und bleiben wird. — Artikel 18 der Reichsverfassung bestimmt, daß die Gliederung des Reiches in Länder unter möglichster Verstärkung des Willens der beteiligten Bevölkerung erfolgen soll, und daß der Wille der Bevölkerung durch Abstimmung festgestellt wird. Wie das Berliner Tageblatt von gut unterrichteter Seite hört, wird der Reichsminister des Innern für eine Ausführung dieser Verfassungsbestimmung einen Gesetzentwurf vorlegen. Darin wird angeordnet, daß die Abstimmung der Bevölkerung stattfindet, wenn eines der beteiligten Länder einer Gebietsvereinigung oder der Angliederung von Ländern nicht zustimmt, und wenn bei etwaigen Abstimmungen ein Drittel der Stimmen berechtigt den abzuweisenden Gebiet eine Abstimmung verlangt. Der Gesetzentwurf spricht außer der Bevölkerung auch der Steuergemeinde die Initiative zur Herbeiführung von Abstimmungen zu. Als Abstimmungsbasis steht einem Jahre im Abstimmungsgebiet Wohnung oder Anenthalp habt. Die Abstimmung soll nur innerhalb des Abstimmungsbasis selbst erfolgen können. Wenn so bildet das Abstimmungsbasis nicht ganze Reichswahlkreise um sich, so bildet der Reichsminister des Innern mit den beteiligten Landesregierungen Wahlkreise selbst. Alle diese Verlangen, den Willen der Bevölkerung über die Abtrennung eines Gebietes von einem Lande durch Abstimmung festzustellen, sollen die Vorstufen über den Volksentscheid hinausgestellt.

Die Überwichtsfrage

Berlin, 12. April. Blättermeldungen aus Eisen zusätzliche haben Verhandlungen über die Regelung der Überwichtsfrage im Reichstag zu dem Ergebnis gebracht, daß die Überwichtsfrage zunächst beibehalten, aber bis Ende April in J. abgehandelt werden sollen. Dieses Abkommen ist endgültig, wenn die Verhandlungen ein neues Abkommen, die heute Morgen begonnen haben, zu einer Einigung führen.

Die nächste Sitzung des Reichstages

Der bekanntlich am 20. d. Mts. wieder zusammengetreten ist auf Sonntag, 8. Mai feststellt. Die umfangreiche Tagessitzung steht vor allem eine Reihe wichtiger Berichte der verschiedenen Ausschüsse vor, darunter die erste Beratung des Gesetzes, welches über die Festsetzung einiger Abschnitte der Grenzen des Saargebietes.

Präsident Dr. Werthmann †

Am Sonntag abend 9 Uhr verstarb im St. Josephs-Krankenhaus in Dresden i. Pr. Herr Prälat Dr. theol. et. phil. et. med. h. o. Porenz Werthmann, päpstlicher Notarotar, nach einem heilsamen, mit großer Geduld erzeugten Leben. Der Prälat Werthmann vertrat die deutsche katholische Caritas ihren welt- und stütze dicken Organisator, der fast vor einem Vierteljahrhundert den Caritasverband für das katholische Deutschland gegründet hat und den er zu einer massenhaften Zusammenfassung der gesamten katholischen Wohlfahrtspflege mitreden lassen kann. Prälat Dr. Werthmann ist 62 Jahre alt geworden. In Bad Sachsen fand er von seinem Nachstehen zu nennen. Seit Januar befand er sich im St. Josephs-Krankenhaus in Freiburg. Aufrecht wie er gelebt und gearbeitet hat, ist er auch gestorben. Dreizehn Tage vor seinem Tode versammelte er noch einmal die Vertreter der Diözeseen-Caritasverband um sich, um wie er sonst, von ihnen Kleidung zu nehmen. Am Freitag verlangte er die hl. Sterbefakultäten. Am Sonntag segnete er noch einmal die wieder abreisenden Vertreter, um wenige Stunden nachher seine Seele in Gottes Hand zurückzugeben. Die katholische Caritasarbeit Deutschlands erleidet durch den Tod des Prälaten Dr. Werthmann einen überaus schmerzlichen Verlust, der nicht leicht ausgeglichen werden kann. Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag um 2½ Uhr in Freiburg i. Br. statt.

Aus dem sächsischen Landtag

Die neue sächsische Besoldungsvorlage

Ist dem Landtag zugegangen. Durch diesen Entwurf soll der Unterschied zwischen der Reichsbesoldungsordnung und der Besoldungsordnung in Sachsen behoben werden. Die neue Vorlage bedeutet für den Staat einen Mehraufwand von 22 Millionen Mark, für den eine Bedeutung für das Jahr 1921 nicht vorhanden ist. Die Vorlage wird in nächster Zeit im Landtag zur Verhandlung stehen.

Nachrichten aus Sachsen

Auch Minister Dr. Harnisch hat Rücktrittabsichten

Wie wir hören, hat Justizminister Dr. Harnisch dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, er habe die Absicht, dem Gesamtministerium sein Rücktrittsgesuch zu unterbreiten. Seine Befreiung hat bereits einen Schulungsauftrag angetreten. Seine Befreiung hat Finanzminister Heldt. — Wie wir hören noch hören, hat Dr. Harnisch schon lange die Absicht gehabt, auf dem Amt demnächst zurückzutreten. Dieser Entschluß ist in ihm zur Reife gelangt angehoben der letzten Vorlesung. Bei der Amtseinführung am vorherigen Donnerstag. Dr. Harnisch hat im engen Kreise erläutert, aus politischen Reinlichkeitgründen müßte das ganze Kabinett zurücktreten. Die obigen Minister scheinen aber ihre Renter mehr zu lieben, als Dr. Harnisch und haben sich bisher zu einem gleichen Entschluß nicht durchringen können. Da aber auch der Wirtschaftsminister demnächst zurücktritt wegen seiner anstehenden Krankheit, wird doch wohl die Frage der Erneuerung der Regierung aufs neue zur Sprache gebracht werden.

Berbindlicher Tarif im Zeitungsgewerbe

Dresden, 11. April. Zwischen dem Arbeitgeberverband für das deutsche Zeitungsgewerbe, vertragsweise Sachsen, und dem Landesverband der sächsischen Presse in Dresden ist am 9. Februar d. J. ein Tarifvertrag zu dem allgemeinen verbindlichen Tarifvertrag vom 26. September 1919 abgeschlossen worden. Wie das Reichsarbeitministerium bekannt gibt, ist dieser Tarifvertrag zur Regelung der Gehalts- und Anstellungsbedingungen der ständigen freien Mitarbeiter (Journalisten) an Zeitungen für das Gebiet des Freistaates Sachsen für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. Januar 1921.

Die kathol. Vereine und unsere Presse

Unter dieser Spalte wird uns geschrieben:

Mit Recht hat die Leipziger Katholiken einen Preisgruppe des Katholischen Pressevereins immer wieder darauf hinweisen lassen, daß auf dem Leipziger Katholikentag ein Beschlüsse gefaßt wurde, dessen Durchführung der „Sächsischen Volkszeitung“ zu allergrößtem Vorteile gereichen müßte. In dieser Resolution werden alle Katholiken zur untrüglichen Unterstützung der „Sächsischen Volkszeitung“ durch Interesse und durch Abonnement aufgerufen.

Vor allem wurde aber auch allen katholischen Vereinen empfohlen, einen Pressevertretermann zu wählen, der für die Verbreitung der „Sächsischen Volkszeitung“ und für den Beitritt zum Katholischen Presseverein wichtig sei. Leider kann man kaum annehmen, daß dieser so praktische Rat schon in allen katholischen Vereinen beachtet worden ist. Wie glauben aber dessen sicher zu sein, daß sich in jedem katholischen Verein ein Mann finden würde, der die Aufgabe übernimmt, in Sinne der Leipziger Resolution tätig zu sein. Es wäre wirklich wünschenswert, daß in allen Vereinen, die in Betracht kommen, auf der nächsten Vorstandssitzung oder in der nächsten Vereinerversammlung der Beschluß des Leipziger Katholikentages zur Verratung gestellt würde. Ein eiferiger Pressevertretermann könnte sicherlich noch manche Vereine für die „Sächsische Volkszeitung“ gewinnen. Und er wäre geradezu mit einer gewissen Autorität umkleidet, wenn er als offizieller Vertreter seines Vereins in den Vereinsstreifen für die Presse arbeiten würde.

Keine Verbindung möchte er wohl auch mit der Ortsgruppe des Pressevereins halten. Dem Presseverein neue Mitglieder zu gewinnen, das möchte ihm natürlich eine gewichtige Aufgabe bedeuten! Sämtliche in allen katholischen Vereinen Sachsen solche Vertretermänner, die zielbewußt ans Werk gingen, so würde unsere, besonders um die Erhaltung der konfessionellen Schulen in Sachsen so hochdienende „Sächsische Volkszeitung“ noch viel mehr Gutes machen können.

Es wäre hocherfreut, wenn auf der kommenden Hauptversammlung des Pressevereins günstige Berichte über die Durchführung der angesogenen und erst in Nr. 78, S. 6 (S. 21) der „Sächsischen Volkszeitung“ neuzeitlich zum Abdruck gebrachten Beschlüsse liegen würden.

— Der Rücktritt des sächsischen Wirtschaftsministers Schwarz, den wir schon vor einiger Zeit angekündigt haben, kann nunmehr als entschieden gelten. Schwarz ist bekanntlich an einem Lungenerleiden schwer erkrankt. Neben seinem Nachfolger verbleibt noch nichts. Nicht das Gesamtministerium, um darüber die Entscheidung, wie ein Dresden-Mann meint, sondern die Sozialdemokratische Partei, die sich demnächst erst mit dieser Frage beschäftigen wird. Auch ist niemals in der letzten Zeit eine Vereinigung des Wirtschaftsministeriums mit dem Arbeitsministerium in Dresden gekommen.

— Die Zahl der Erwerbstlosen in Sachsen belief sich am 1. März auf 72 589 männliche und auf 24 089 weibliche Personen, zusammen, 97 274. Dazu kommen noch 113 007 Nichterwerbstlose. Im Februar wurden für Erwerbstlosenunterstützung in Sachsen 94 500 880 M. ausgewendet.

— Ausbildung in der Schule. Mit Rückblick auf die Ausbildung in der Schule einigten sich die gesetzliche Kreise einigfach die gesetzliche Durchführung der angesetzten und namentlich bei der Umstädter soll, wie uns gemeldet wird, in den höheren und den Fortbildungsschulen Sachsen Anweisung in der Ausbildung erzielt werden.

— Matrosen in Wismar. Am 28. und 29. Mai 1921. Wie hören, daß die Teilnahme an der Gedächtnisfeier der Marine für die Gefallenen und zur Erinnerung an die Siegerfeier nicht vereinbart noch nichts. Nicht das Gesamtministerium, um darüber die Entscheidung, wie ein Dresden-Mann meint, sondern die Sozialdemokratische Partei, die sich demnächst erst mit dieser Frage beschäftigen wird.

— Matrosen in Wismar. Am 28. und 29. Mai 1921. Wie hören, daß die Teilnahme an der Gedächtnisfeier der Marine für die Gefallenen und zur Erinnerung an die Siegerfeier nicht vereinbart noch nichts. Nicht das Gesamtministerium, um darüber die Entscheidung, wie ein Dresden-Mann meint, sondern die Sozialdemokratische Partei, die sich demnächst erst mit dieser Frage beschäftigen wird.

— Matrosen — Kräute. Die Kräute, welche weibliche Person die Bezeichnung „Kräute“ mit rechtsgeschlechtem Schuh führen darf, ist gesetzlich nicht vorgesehen. Ein Hinblick auf den sonst durch Gesetz geschützten Personenstand macht sich im allgemeinen keine ledige Person weiblichen Geschlechtes kräutbar, wenn sie die Bezeichnung „Kräute“ führt, denn sie ist nicht gleichbedeutend mit Ehefrau. Auch das BGB (§§ 1303, 1786) weicht das Wort Frau zur bloßen Kennzeichnung des weiblichen Geschlechtes in. Dennoch aber wird dann gegen solche Personen nach allgemeinen Rechtsgrundlagen einschreiten werden, wenn sie diese Bezeichnung nur in dem Sinn führen, um einen ihnen nicht zukommenden Familiestand vorzutäuschen. Da die Veränderungen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse durch die Staatsverwaltung und ähnlich der Bezeichnung Frau führen, so behauptet das sächsische Ministerium des Innern ohne ironisch einen Beweis anzuführen — so nimmt das genannte Ministerium jetzt den Standpunkt ein, daß es von den sächsischen Verwaltungsbürokraten häufig nicht mehr zu bearbeiten sein wird, wenn ledige weibliche Personen vom Eintritt ihrer Hochzeit ab den Verhältnissen gegenüber die Bezeichnung Frau führen, sofern keine offensichtliche Täuschung über ihren Familiestand vorliegt. Ein Recht auf diese Bezeichnung in dem Sinn, daß einer solchen Frau gegenüber diese Bezeichnung von jedermann anerkannt und anzuwenden wäre, wird damit nicht begründet. Es bleibt vielmehr der Gleisigkeit des tatsächlichen Lebens überlassen, insoweit andere Personen die von ihrer Tochter selbstgewählte Bezeichnung gelten lassen und anwenden wollen. Die Verordnung vom 7. November 1918, wonach den Bräuten gefallene Kriegsteilnehmer auf Ansuchen vom Ministerium die Bewilligung erteilt werden konnte, sich Frau zu nennen, hat sich damit erledigt und ist daher aufzuhören worden.

— Matrosen — Kräute. Eine gründliche und wichtige Reform ist dieser Erlass des Ministers Winnifeld verrichtet. Deutschland hat damit einen unechten Schritt vorwärts zum Wiederaufbau getan! Wir fürchten nur, daß auch diese Worte Winnifeld so wenig beachtet werden — wie alle seine anderen.

— Die Mitglieder des außerordentlichen Gerichtes für Sachsen sind bereits ernannt

Familienzuschuß für den Ehemann und Kinder bis zu 18 Jahren 4 M. täglich. Besoldet wurde, weiblichen Dienstboten, die aus ihrer Stellung gehen, Arbeitslosenunterstützung nicht mehr zu zahlen. Zu leidlosen Zusammensätzen kam es durch das Auftreten des Kommunisten Hoop, der durch Veranlassung von zwei großen Straßen demonstrationen eine große Spannung unter den Erwerbslosen erzeugt hatte, so daß die Unternehmer es ablehnen sollten, ihm weiter als Vertreter der Erwerbslosen im städtischen Arbeitsauschuß anzuerkennen. Er bezeichnete dies als eine Herausforderung. Wie sehr die Kreishauptmannschaft des Erwerbslosen entgegenkommt, erhellt daraus, daß von 186 Besuchen um Weitergewährung von Unterstützung über 6 Monate hinaus 134 bewilligt worden sind.

— Denken. In der letzten Gemeinderatsitzung teilte der Gemeindevorstand Schellner bei dieser Gelegenheit mit, daß die 21 Gemeinden der Gruppe A des Bezirks bisher über 12 Millionen Mark Unterstützung in Erwerbslose ausgeschüttet haben. Den höchsten Betrag habe Denken mit 2.904.000 bezahlt. Darauf folgte Pötschappel mit 2.900.000 M., Gittersee habe bisher mit seiner viel kleineren Einwohnerzahl 1.400.000 M. aufgewendet und stelle geradezu eine Erwerbslosengemeinde dar.

— Bittau. Mit der Politik auf der Landwirtschaftlichen Lehrenstätte hat sich das Stadtverordnetenkollegium beschäftigt. Oberbürgermeister Kühl wird gebeten, seine Ansicht in der nachstehenden Entschließung zusammenzufassen: Der Rat verurteilt alle Verübung, die Vertierung einer Säule parteipolitisch zu beeinflussen. Der Rat verurteilt alle Verübung, Personen im öffentlichen Leben zu einem bestimmten politischen Kennzeichen zu bringen und er verurteilt alle Verübung, die darauf hinausgeht, wegen eines Bekennens oder Nichtbekennens zu einer politischen Richtung wichtige und persönliche Nachteile herzuleiten.

— Chemnitz. Im den Rummernauwerken verunglückten durch Unfall eines Dampfrahmen zwei Arbeiter tödlich. Zur Vergeltung der Leichen mußte ein Hilfszug der Eisenbahnerwerken in Tätigkeit treten. Das Unglück soll darauf zurückzuführen sein, daß der Kraftführer verbotswidrig die anhängende Eisenlast von 800 Tonnen schwante.

— Freiberg. Im 1. Vierteljahr 1921 sind bei der südlichen Sparkasse 4.166.304 M. eingezahlt und 2.428.138 M. zurückerstattet worden. Demnach betragen die Nebeinzahlungen 2.018.261 M.

— Nossen. Der Vorstand des Vereins Kinderheim hat leider infolge seiner finanziellen Lage das Nossener Kinderheim am letzten März schließen müssen.

— Schwarzenberg. Die Haushaltspläne für 1920/21 weisen einen Defizitbetrag von rund 500.000 M. auf, während im ersten Vierteljahr 1920 für das Rechnungsjahr der Stadt 619.500 M. Bedarf noch mit einem Überschuss von 39.500 M. abschließen konnte. Der Defizitbetrag soll durch die neu bewilligten Höhungen Steuern gedeckt werden. An anderen Steuern sollen 2.290.000 M. eingebracht. Die Zuschüsse bei den einzelnen Kosten haben beträchtlich gestiegen, die Hochstrafe bringt dagegen bei 1.004.000 M. Einnahmen einen Überschuss von 390.000 M.

— Bad Elster. Die Zahl der Erwerbslosen ist infolge der Gasleitungsarbeiten und des Umbaus des Moorlaufens von 121 auf 150 gesunken.

— Neustadt. Die Stadtverordneten genehmigten die Aufnahme einer Aufsicht von 300.000 M. als ersten Teilbetrag für Wohnungsbau, feste 100.000 M. zur Deckung laufender Ausgaben und 25.000 M. für den Kostenaufwand für Handelsförderung von Kleidungen.

— Cottbus. In der Nähe von Pößel auf der Straße von Delitzsch nach Hof hat sich ein schweres Automobilunglück ereignet. Der 44 Jahre alte Holzatzkinder Max Freibisch aus Chemnitz wollte mit seinem Auto nach Regensburg fahren, wo er ein Rittergut besitzt. Zu der Nähe von Pößel wollte das Auto einen Wagen ausweichen und stürzte dabei in den Graben. Freibisch war sofort tot. Sein 19 jähriger Sohn wurde schwer verletzt und mußte in das Krankenhaus in Hof gebracht werden.

Heute entschlief nach längrem Leiden, wohlversehen mit den heiligen Sterbesakramenten, unser geliebter Sohn und Bruder

Walter Pree

im 22. Lebensjahr.

Dies zeigen im tiefsten Schmerze an

**Richard Pree u. Frau Julie geb. Sedletzky
Werner und Gabriele Pree,**

Dresden, Königstraße 17, den 11. April 1921.

Beerdigung Donnerstag den 14. d. M. nachmittags 3 Uhr auf dem inneren kath. Friedhof.

Dem heiligen Antonius
Lob und Dank
für seine Hilfe;
gehört zu ihm!

Ehrliehe Geschäftsfrau sucht
stundenweise Aushilfe
in Geschäft gleich welcher Branche.
Off. unter "R. G. 905" an die
Geschäftsstelle d. Gl.

Nur bei der Firma



Dresdner Seile waren-Ve-trieb
kaufen Sie gut und billig
Hankordel u. Bindfaden.

Dresden-A, Pillnitzer Straße 47

Fernsprach 21068.

Vertretungen werden nachgegeben.

In der kath. Hofkirche

werden zur Vorbereitung auf die Vereinscommunion und das Schützenfest des hl. Joseph
Donnerstag den 14. April abends 7 Uhr, Freitag den 15. April abends 1/2 Uhr, Sonnabend 16. April abends 7 Uhr durch hochw. Herrn Nebemploristenpater Matig

religiöse Vorträge

geholt werden.

Die Gläubigen werden zu zahlreicher Teilnahme eingeladen.

Akten-, Schultaschen

Zwei Rindleder mit Griff Mk. 63.—
Dresden-Dörr, Steinbacher Str. 47, III.

— Dresden-Johannstadt. Die Jugendmannschaft des Junglingsvereins stand am Sonntag vorzeitig der Mannschaft des Neustädter Junglingsvereins im Fußballdrama auf. Nach andauernder Überlegenheit der Johannistädter konnten sie das Resultat auf 18 : 0 stellen (Halbzeit 8 : 0) und somit als Sieger das Feld räumen. Möge dieser Sport fördernd für unsere Jugendvereinsbewegung sein.

Sport

Voransagungen

Neuk. 18. April, 8 Uhr nachm.: 1. Elf, Tarost. 2. Panzer, Großher. 3. Alles. Tradition. 4. Osterhaf. Daphne. 5. Greif, Velthurn. 6. Duckling, Nelson. 7. Dorchen, Hassel.

Berantwortlich: Für den redaktionellen Teil: Friederich Körting; für den Inseraten Teil: Peter Schrade. — Druck und Verlag der "Saxonia-Buchdruckerei" G. m. b. H. zu Dresden.

Vereinigung für Tonkunst

Donnerstag den 14. April abends 7 Uhr im großen Saal der Kaufmannschaft, Ostra-Allee

1. Stiftungsfest (Konzert mit anschließendem Ball)

Leitung: Tonkünstler Jos. Wagner;
Soloist: Rud. Schöne (Violine)

Karten zu 3,50 Mk. (einschl. Steuer) an der Abendkasse

Dresdner Kurse vom 12. April 1921

Ohne Gewähr.

Mitgeteilt vom Chemnitzer Bank-Verein, Dresden, Prager Straße

Deutsche Staatspapiere		Brauerei-Aktien	
8 Reichsanleihe	69,50G	8 Jürgens	174,000
8½ do.	64,50G	18 Erste Kulmbacher	332,000
4 do.	57,75G	6 Petz-Bräu	
5 do.	57,875G		
Sparprämienanteile.		Bank-Aktien	
8 Sparprämienanteile.	84,00G	9 Adrea-Aktion	155,000
9 Sachs. Rente	57,60G	9 Chmn. Bank-Verein	207,000
Stadt-Anteilen, Pfand- und Hypotheken-Briefe		12 Deutsche Bank	209,000
3½ Dresden von 1875/80,125G	—	9 Dresden. Bank	218,250
4 do. 1900/08 84,00G	75,25G	12 Löbauer Bank	204,000
4 do. 1918/18 75,25G	75,00G	21 Sachsenbank	200,000
Lausitzer Pfandbr.		Verschiedene Industrie-Aktien	
3½ do. do.	92,07G	10 Zimmermann	205,500
3½ Lausitzer Kreditbr.	89,25G	24 H. & A. Escher	512,500
4 do. do.	102,75G	40 Paradi	380,000
Papier- und Photo-Aktien		29 Germania	—
15 Chromo Altenburg	—	16 Großben. Webstuhl	380,000
12 Krause u. Baumann	150,00G	20 Lauchhammer	540,500
18 Ernemann	222,00G	40 Sachs. Gußstahl	1135,00
10 Ica, A.-G.	200,00B	18 Hartmann	382,000
20 Hasseröder Papierf.	325,00G	15 Sondermann & Stier	280,000
10 Ver. Bautzner P.-F.	382,00G	24 Weissenborner P.-F.	102,000

Seefische viel billiger als Fleisch bei enormem Nährwert

Aus täglich eintrifffenden Zufuhren in eigenen Kühlwaggons empfehlen:

Cabliau, Seelachs, Schellfisch, Rotzungen, Schollen, sowie alle Feinfische zu billigsten Preisen
ff. Räucherwaren und Marinaden

Dresdner Fischhallen

Fernspr. 21034, 29736 Webergasse 17 Fernspr. 21034, 29736
Hotels und Restaurants Vorzugspreise

Vereins- und Partei-Anzeiger

Leipzig

Caritas-Musschub

Donnerstag, den 14. April abends 7 Uhr im Saale des lathol. Geisselhanies, Wiesenstraße 23

Berfammlung

Redner:

Hochw. Herr Kamillianerpater Reintges-Berlin
Welche Aufgaben erwachsen der Caritas
aus dem Friedensvertrage von Versailles?

Alle Mitglieder und Freunde der caritativen
Vereine Leipzigs werden gebeten an dieser
wichtigen Versammlung teilzunehmen.

Der Vorstand

Schirgiswalde

Höchstpreise für Ziegenmilch und Ziegentäte.

Auf Grund der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 18. März 1921 wird für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Boulen einschl. der Stadt Bischofswerda folgender Höchstpreis für Ziegenmilch und Ziegentäte festgesetzt:

1.90 Mark für 1 Liter Ziegenmilch.
11.40 Mark für 1 Pfund Ziegentäte aus Ziegenvollmilch
(Herstellungsspreis).

Vorliegende Höchstpreise treten mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft. Die Überprüfung dieser Höchstpreise wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10.000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestrafen.

Bauzen, am 11. April 1921.

[785] Kommunalverband Bauzen-Senften.